

Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Telephon: Amt Königsplatz, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf.
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm s, Berlin O 27, Andreasstr. 61II, zu richten.
Postkassentonto Berlin 5386.

Zur Reichskonferenz der Deutschen Textilarbeiter.

☆ In der oberfränkischen Industriestadt Bamberg versammeln sich an dem kommenden Sonntag, den 23. Juli cr. die Vertreter und Vertreterinnen der Textilarbeiter aller Gauen Deutschlands, um für diese in einer machtvollen Kundgebung zum Ausdruck zu bringen, daß man sie, die von den mittelbaren Wirkungen des Weltkrieges schwer benachteiligt werden, im Loben dieses Krieges nicht mit ihrer Existenz vernachlässigen, mancherorts sogar ganz vergessen darf. Es ist eine bittere, harte Zeit, die wir deutschen Textilarbeiter und die Arbeiter der ganzen deutschen Bekleidungsindustrie gegenwärtig durchleben. Und es muß leider gesagt werden, daß diese Zeit, die vielfach als große Zeit ausgehrien wird, doch in recht vielen Fällen ein recht „kleines Geschlecht“ wirken sieht, wenn es gilt, Notstände zu bekämpfen, die auf das Schuldkonto höherer und zwar roher Kräfte zu setzen sind. Die deutschen Textilarbeiter, die Arbeiter der deutschen Bekleidungsindustrie überhaupt, die zum großen Teil die wirtschaftlichen Opfer solch roh wirkender Kräfte geworden sind, müssen daher verlangen, daß ihnen das mächtige Deutsche Reich das Recht auf eine menschliche Existenz unter allen Umständen sicher stellt, und daß die Behörden in den Einzelstaaten verpflichtet werden, dafür zu sorgen, daß für diese notleidende Arbeiterschaft das Recht zum Leben auch nicht

für den Bruchteil eines Tages in Frage gestellt wird. In den letzten Wochen haben leider viele der hier in Betracht kommenden Arbeiter die bittere Erfahrung machen müssen, daß manche Personen und Behörden in verantwortlicher Stellung gegenüber den auftretenden Notständen ein Maß von Abstumpfung angewandt haben, das nicht mehr länger hingenommen werden kann. Deshalb kommen die Vertreter der deutschen Textilarbeiterschaft in Bamberg zusammen, um in Gemeinschaft mit Vertretern von Arbeitern der deutschen Bekleidungsindustrie die Lage jener Arbeiterschaft aufzuzeigen und dafür zu sorgen, daß die behördliche Abstumpfung der erforderlichen Sorgfalt weichen muß.

Es werden in Bamberg versammelt sein die Vertreter des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes sowie die Vertreter des Gewerksvereins der Deutschen Textilarbeiter (Hirsch-Dunker).

Ferner der Vorstand und die Gauleiter des Deutschen Schneider- und Wäschearbeiter-Verbandes.

Wahrscheinlich auch Vertreter des Deutschen Schuhmacher-Verbandes und des Gutmacher-Verbandes.

Von Regierungen und Behörden sind zu der Konferenz eingeladen:

1. Die Deutsche Reichsregierung;
2. Die Regierung des Königreichs Bayern;
3. Die Regierung von Oberfranken;
4. Das Bezirksamt Bamberg II;
5. Der Magistrat der Stadt Bamberg.

Wir sind überzeugt, daß die Konferenzverhandlungen getragen sein werden von dem Geist, den der Ernst der gegenwärtigen Zeit erfordert, aber auch von dem Willen und der Entschlossenheit, für die auf der Konferenz vertretene Arbeiterschaft alles zu tun, was nötig ist, um ihr das vornehmste Menschenrecht, das Recht zum Leben, zu sichern.

Darüber hinaus wird diese Konferenz sichtbaren Ausdruck geben von dem Wirken der Solidarität der Arbeiterschaft, was wiederum dazu beitragen wird, in der Arbeiterschaft die Erkenntnis zu wecken und zu befestigen, da nur dem gemeinsamen Wirken aller die Macht innewohnt, den Interessen des Einzelnen zweckentsprechend zu dienen.

Indem wir die Vertreter der für die Konferenz in Betracht kommenden Arbeiterschaft in Bamberg begrüßen, wünschen wir ihnen guten Erfolg für ihr gemeinnütziges Wirken.

Hoch die Arbeitersolidarität!

Inhalt. Zur Reichskonferenz der Deutschen Textilarbeiter. — Nur der Sozialismus kann helfen! — Mütungen im feindlichen Ausland für den Krieg nach dem Kriege! — Konferenz der Textilarbeiter im Gau I (Hannover). — Soziale Rundschau. — Zur Erwerbslosenfürsorge. — Für unsere Frauen. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Briefkasten. — Verbandsanzeigen. — Unterhaltungsteil: Historisches über den englischen Imperialismus (II).

Nur der Sozialismus kann helfen!

☆ Es fällt uns nicht ein und ist uns im Laufe der Kriegszeit nie eingefallen, manche Maßnahmen, welche die Reichsregierung in der Frage der Ernährung des Volkes und in der Versorgung mit sonstigen Bedarfsartikeln zum Leben ergriffen hat, als so etwas wie Sozialismus zu bezeichnen. Im Gegenteil! Es liegt unseres Erachtens sehr, sehr im Interesse der Sozialisten und des Sozialismus, heizigen Einspruch zu erheben gegen den Versuch, diese Maßnahmen der Regierung als identisch zu erklären mit der Organisation der Erzeugung und Verteilung der Existenzmittel zum Leben, die in einer wirklich sozialistischen Gesellschaftsordnung zur Durchführung kommen würde.

Der Herr Professor Lujo Brentano sagte am 18. Juni in dem im „Berliner Tageblatt“ erschienenen Artikel sehr richtig:

„Wir sind mit den sozialistischen Eingriffen in das Wirtschaftsleben vor dem Punkte stehen geblieben, an dem sie allen zugute kommen würden; unser Sozialismus ist ein Sozialismus statt zugunsten der Armen, zugunsten gewisser Klassen der Besitzenden; er führt, statt zum Vorteil der Gesamtheit, zur weiteren Bereicherung einzelner Monopolisten, besonders der ländlichen Grundeigentümer, auf Kosten der Gesamtheit.“

Es ist in der Tat nötig, das einmal auszusprechen, wollen wir nicht Gefahr laufen, daß man später die Halbheiten der Regierung benützt, um Zerrbilder vom Sozialismus zu geben. Gewiß ist richtig, was der Herr Staatssekretär Dr. Helfferich kürzlich im Reichstage sagte, als er ausführte: „Auch im sozialistischen Zukunftsstaate wird man das Wetter nicht ändern können.“ Gewiß, das wird man nicht können, aber man wird sicher eine gleichmäßige Verwendung der geernteten Produkte für das ganze Volk durchführen können. Wenn, wie im vergangenen Jahre, 55 Millionen Tonnen Kartoffeln geerntet werden und nur 15 bis 16 Millionen Tonnen davon zur Ernährung der Menschen im Deutschen Reich erforderlich sind, da wird man ohne große Schwierigkeiten dieses Quantum Kartoffeln für die menschliche Ernährung so sicherstellen können, daß nicht, wie in diesem Jahre, eine Kartoffelnot eintreten kann. Und man

wird auch bei der Lebensmittelproduktion nach sozialistischen Grundfäden und ohne daß die Bestimmung des Wetters Voraussetzung ist, verfahren können. . . . Was nützt uns ein Dükend Karten, das wir jetzt als Anweisung auf poundjobiel Brot oder Mehl, Schweinefleisch, Zucker, Butter, Milch, Reis und Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Eier, Petroleum, Spiritus usw. verteilen, wenn die Masse der Bevölkerung, teils weil die Preise zu hoch sind, teils weil die betreffende Ware überhaupt nicht auf den Markt kommt, doch nicht erhält?

Weit ernster erscheinen die Schwierigkeiten, die aus dem Widerstand der Sonderinteressen drohen, gegen welche die für die Kriegsdauer eingerichtete teilweise Zentralisierung des Wirtschaftslebens sich richtet. Die Träger dieser Sonderinteressen haben in den letzten Jahrzehnten in unserer Wirtschaftspolitik so sehr ihren Willen gehabt, daß es nicht zu verwundern ist, wenn sie sich allem, was ihre alles überschattende Stellung im Reiche einzuschränken droht, mit bekannter Energie widersetzen.

Freilich, es ist die Vorbedingung für das Gelingen der Lebensmittelproduktion und -verteilung, daß jene Kräfte ausgeschaltet werden, welche nicht wollen, daß der Ertrag der Produktion der Allgemeinheit zugute komme; jene Kräfte, die vielmehr wollen, daß das deutsche Volk mit Haut und Haaren der Ausbeutung des kapitalistischen Syndikalismus ausgeliefert werde. Ein ganz bösesartiges Syndikat dieser Art ist die Vereinigung der Großagrarier, die im Bund der Landwirte ihre wirtschaftliche und ja auch politische Vertretung hat, und die vor dem Kriege durch Schutzölle und Einfuhrverbote in den Stand gesetzt war, die heimische Lebensmittelproduktion einem freiwilligen Kontingentierungssystem zu unterwerfen, um schon damals die Lebensmittelpreise immer höher zu treiben. Auch in der Industrie hatten wir Syndikate mit gleicher Wirksamkeit. Es sei nur erinnert an das Kohlen Syndikat, an den Stahlwerksverband und andere.

Der Krieg, der die Preise aller Produkte gewaltig in die Höhe getrieben hat, der besonders für landwirtschaftliche Produkte eine bedeutend größere Wertzone schuf, wird natürlich die kapitalistischen Syndikalisten dazu veranlassen, ihre Syndikate nach dem Kriege erst recht wirksam werden zu lassen. Ja, die Kapitalisten haben an dem Syndikatswesen so großen Gefallen gefunden, daß sie nun das Verlangen stellen auf Schaffung von Zwangssyndikaten. Die Zementkapitalisten waren so offen, in der „Köln. Zeitung“ vom 14. Juni d. J. zu sagen, was sie erstreben. Es hieß daselbst:

„Könnten wir den Wettbewerb unter uns selbst ersticken, so könnten wir unseren Käufern die Preise diktieren, die sie bezahlen müßten. Allein reicht das freilich noch nicht

aus, denn dann könnte sich das Ausland die guten Preise zunutze machen. Hoher Schutz Zoll oder gar Einfuhrverbot müßte hinzukommen. Und selbst das wäre ungenügend, wenn nicht auch der Vermehrung heimischer Erzeugung ein Riegel vorgelegt würde, was sich durch Reichsgesetz sehr gut machen ließe. Die Kontingentierung war ja in der deutschen Gesetzgebung sehr gut bekannt, man hatte sie viele Jahre lang zum Westen der Branntweinbrennerei. Wir müssen Zwangssyndikate haben, damit wir die Produktion so einschränken können, daß wir einen künstlichen Mangel schaffen, dann wird unser Weizen blühen!“

Es soll also durch Zwangssyndikate der kapitalistische Wettbewerb, das einzige Mittel, die Auswucherung des Volkes zu erschweren, beseitigt werden, um den Käufern die Preise zu diktieren. Und da das noch nicht ausreicht, da auch noch vom Ausland Waren hereinkommen könnten, die billiger sind, soll zu dem Zwangssyndikat hinzukommen ein hoher Schutz Zoll oder gar ein Einfuhrverbot für ausländische Waren und schließlich ein Reichsgesetz, welches die Möglichkeit gewährt, die Produktion so knapp zu bemessen, daß immer Warenknappheit besteht und unverkämte hohe Preise genommen werden können. Wir müssen sagen, daß wohl selten in so unverfrorener Weise für die Auswucherung des Volkes Propaganda gemacht worden ist. Damit soll nicht etwa gesagt sein, daß die Zementkapitalisten die Meinigen seien, die solche Wucherpraxis zur staatlichen Einrichtung machen wollen. O nein! Es ist die allgemeine Tendenz des Kapitalismus, die in jener Zuschrift an die „Köln. Ztg.“ publizistischen Ausdruck erhalten hat. Es ist ohne Frage, daß nach dem Kriege alle Industriezweige nach den Mitteln zur Bereicherung streben werden, welche die Sehnsucht jener Zuschrift bilden.

Dann mache man sich aber auch rechtzeitig klar, wohin das führt. Wenn die Produktion in so raffinierter Weise kontingentiert werden soll, daß gewissermaßen ständig eine Notlage vorhanden ist, die das Nehmen von Wucherpreisen ermöglicht, dann wird, was wir natürlich durchaus begrüßen, gar bald jene Atmosphäre im gesellschaftlichen Leben erzeugt sein, die den Orkan entfesselt, der die kapitalistische Produktion hinwegfegt. Schon heute werden viele Stimmen aus dem bürgerlichen Lager laut, die verlangen, daß eine solche Produktionsweise beseitigt werden müsse. So sagt z. B. die liberale „Weser-Zeitung“:

„Gehen nun aber im Privatmonopolwesen die Großen dahin vor, daß sie die Kleinen auffressen, wobei sie keine Entschädigung vergüten, so wird das Reich mit den wenigen übrig bleibenden Großen nicht

viel Federlesen machen. Das ist der Gang der Dinge beim Zigarettenruß gewesen und deshalb ist das staatliche Zigarettenmonopol vor allem das, das am ersten zustande kommen kann. Gerade auch bei diesem zeigt das staatliche Monopol einen durchschlagenden Vorzug vor dem Privatmonopol: Die Uberschüsse des staatlichen Betriebes können doch zur Deckung der Ausgaben, überhaupt zum allgemeinen Besten verwandt werden, die des Privatmonopols dienen nur dazu, um einzelne Leute überreich zu machen. Und dazu soll sich der Staat als Helfershelfer hergeben. Wenn es so steht, so werden in Masse die Vorkämpfer des freien Betriebs zu Anhängern des Staatsbetriebes werden und den rücksichtslosen Trustleuten wird damit im Augenblick des vermeintlichen Sieges der Gewinn noch wieder entrispen werden."

Das ist ein ganz guter Anfang auf dem Wege der Selbsterkenntnis. Natürlich ist es mit der Konzentrierung der Produktion in den Händen der Bürokratie des kapitalistischen Staates noch nicht getan. Erst der demokratische Staat, in dem die staatsbürgerlichen Rechte nicht mehr nach der Größe des Geldheutels oder auf Grund anderer Vorrechte verteilt werden, sondern wo eine wirklich freie und demokratische Gesetzgebung und Verwaltung möglich ist, wird die Grundlage abgeben für eine Produktionsweise, die nichts anderes bezweckt, als die Lebensbedürfnisse der Allgemeinheit herbeizuschaffen und recht viel Lebensglück und Lebensfreude zu verbreiten.

Die Arbeiterklasse mag sich rüsten für den Abwehrkampf der Bestrebungen kapitalistischer Syndikalisten!

Rüstungen im feindlichen Ausland für den Krieg nach dem Kriege.

III.

Schon im ersten Teilarartikel zeigten wir, daß nicht nur Deutschland, gegen das die Pläne der Pariser Wirtschaftskonferenz sich allein richten, durch diese großer Schaden zugefügt werden kann, sondern auch dem neutralen Ausland. Hinsichtlich dessen können wir heute unsere Befürchtungen noch vervollständigen. Das Ausland kann vielleicht noch mehr geschädigt werden als Deutschland. Das wird klar, wenn man sich vergegenwärtigt, wie die verschiedenen Länder voneinander wirtschaftlich abhängen und aufeinander angewiesen sind. Schon jetzt hat ja das neutrale Ausland unter den Blockademaßnahmen und Aushungerungsmethoden Englands, gegen Deutschland angewandt, arg zu leiden. Uns sucht England an dem Bezuge von Lebensmitteln aus dem Auslande zu hindern, und dem Auslande selbst werden sie dadurch vorgehalten. Dafür ein Beispiel, von dem ein skandinavischer Mitarbeiter dem „Samburger Echo“ berichtet. Er schreibt dem Blatte:

„Vor einigen Wochen wurde berichtet, daß englische Agenten in Norwegen alle Waren, deren sie habhaft werden konnten, zu exorbitanten Preisen aufkauften, und zwar nur zu dem ausschließlichen Zweck, damit diese nicht nach Deutschland gingen. Sie boten Preise, die zu dem Wert der Waren in keinem Verhältnis mehr standen, und den deutschen Kaufleuten, denen man auf diese Weise alles vor der Nase wegschnappte, war es unmöglich gemacht, auch nur das kleinste Geschäft abzuschließen. Besonders in den Hafestädten an der Westküste trieben es die englischen Agenten am schlimmsten; hier kauften sie alles, was die Fischer nur vom Meere herein schleppten, auf. Nun liegen diese Waren an den Kais der verschiedensten Häfen aufgestapelt und verderben, denn England selbst hat keinen Gebrauch dafür. Ein einziger Mann, der Großhändler Albert Martens

aus Bergen, kaufte im Auftrage der Engländer für über 80 Millionen Kronen frische Fische, Fischkonserven und geräucherter Fische; außerdem kaufte er noch mehreren großen Fischereigesellschaften den Fang eines ganzen Jahres im Voraus ab. Und die norwegische Regierung legte diesem Vorgehen der englischen Agenten nicht das geringste Hindernis in den Weg; im Gegenteil, sie sah mit einem gewissen Wohlwollen diesem Treiben zu, trotzdem sie sich hätte jagen müssen, daß durch diese rücksichtslose Aufkauferei der Engländer die Versorgung des einheimischen Marktes gefährdet werde. Alle Forderungen nach einem Exportverbot ließ sie zuerst unbeachtet und wies sie dann später schroff ab. Vielleicht hätte ein solches Exportverbot auch Mister Findlay, der englische Gesandte in Christiania, der ja bekanntlich der Herr und Gebieter in Norwegen ist, nicht zugegeben.

Und nun ist eingetroffen, was einsichtsvolle Leute in Norwegen befürchtet haben. Während die von den englischen Agenten massenweise aufgekauften Fische in den norwegischen Häfen verfaulen, leidet das Volk selbst unter dem Mangel dieses vielbegehrten Nahrungsmittels; und die Preise auf dem einheimischen Markt sind so hoch, daß es dem Arbeiter unmöglich ist, sich in gewohnter Weise damit zu versehen. Man ist denn auch jetzt über die Kurzsichtigkeit der Regierung — in Wirklichkeit ist diese angebliche Kurzsichtigkeit nichts weiter als eine entgegenkommende Gefälligkeit den Engländern gegenüber — allgemein empört. Aber damit ist die Sache noch nicht abgetan, denn der Abgeordnete Castberg hat in der Stortingssitzung die Lebensmittelpolitik der Regierung scharf gegeißelt und dabei die großen Aufsehen erregende Mitteilung gemacht, daß sich die staatliche Proviantkommission genötigt gesehen hätte, einen Teil der von den englischen Agenten zu sehr hohen Preisen gekauften Fische zu noch höheren Preisen für den einheimischen Markt wieder zurückzukaufen. Eine derartige direkte Schädigung der eigenen Interessen des Staates den Engländern zuliebe, wie sie die norwegische Regierung hier begangen hat, ist ungeheuerlich, und sie mißte von Rechts wegen auf die Anklagebank. Wie die politische Konstellation in Norwegen gegenwärtig jedoch ist, wird dies leider nicht geschehen; die Regierung sitzt eben auf Grund einer sicheren Parteimehrheit zu fest im Sattel, und außerdem hält natürlich auch Mister Findlay seine schützende Hand über dieser feinem Willen so gefügigen Regierung. Das norwegische Volk aber wird sich diese eigenartige Lebensmittelpolitik dieser Regierung hinter die Ohren schreiben. Daß sie die Interessen der Arbeiter des eigenen Landes denen der ausländischen Kapitalisten gegenüber hintanzieht, ist ja eine schon längst bekannte Tatsache, davon zeugte auch der jüngst stattgefundene Generalstreik, und daß sie nun auch die Lebenshaltung der Bürger Norwegens aufs äußerste gefährdet, und zwar nur deshalb, um sich bei den Engländern lieb Kind zu machen, ist nichts weiter als die Konsequenz der ganzen einseitigen, mit der proklamierten Neutralität aber nicht im Einklang stehenden Haltung der norwegischen Regierung."

Gegenwärtig ist Deutschland nicht instande, an Norwegen Vergeltung zu üben, und es würde auch, wenn es dazu instande wäre, davon absehen, weil es sehr wohl begreift, daß für Norwegen es sehr gewagt wäre, den englischen Wünschen zuwider zu handeln. Nach dem politischen Kriege, wenn nur der Wirtschaftskrieg herrschen würde, könnte es aber anders kommen, mißte es anders kommen, wenn Deutschland seine Interessen wahrnehmen wollte, und das mißte es doch wollen, so gut wie es jeder andere Staat tut und tun wird. Wenn Norwegen dann an Deutschland Dinge abtreten könnte, aber nicht abtritt, weil es sich England gegenüber dazu verpflichtet hat, so wird Deutschland gegenüber Norwegen natürlich ebenia handeln. Norwegen ist aber für den Bezug mancher wichtigen Bedarfsartikel fast ganz auf Deutschland angewiesen. Es bezieht von uns Zucker, Salz, Farben, Chemikalien. Von England kann es diese Dinge nicht beziehen, und selbst, wenn das der Fall wäre, so wäre

es schon dadurch geschädigt, daß es seine Fische nicht in England absetzen könnte, denn dort hat man ja selber genug. Es wäre aber noch mehr geschädigt, wenn es seine Fische behalten müßte, die es nicht hat, wir aber nach dem Kriege wieder im Ueberfluß haben werden. Wir werden ihm aber nicht geben, was wir entbehren könnten, um es zu zwingen, uns zu geben, was es im Ueberfluß hat und uns fehlt. Von dem Schlag, der von England aus gegen uns geführt würde, wäre also Norwegen getroffen.

Norwegen könnte uns aber auch manches, was es selber nicht hat, vermitteln, z. B. Rohstoffe für unsere Industrie. Es wird sich England gegenüber, wenn die Pläne der Pariser Wirtschaftskonferenz verwirklicht werden sollen, verpflichten lassen; vielleicht gar wollen, uns keine Rohstoffe zu vermitteln, und es wird Wort halten wollen. Wir aber werden uns feiner als Vermittler bedienen wollen. Und es wird dabei leider helfen müssen: „Entweder du willstig ein oder wir vermeigern dir unsere schon bezeichneten Waren.“ Weitere Folge: Schädigung der Volkswirtschaft Norwegens.

Nun ist es aber nicht bloß Norwegen, das die Folgen des wirtschaftlichen Krieges schon jetzt am eigenen „neutralen“ Leib verspürt; andere Länder, deren Neutralität viel weniger anfechtbar ist, befinden sich ebenfalls in schwerer Bedrängnis. Sie haben sich, als England gewahrt wurde, daß durch die Verdrängung der deutschen Schiffe von der See und die Verhinderung neutraler Schiffe an der direkten Fahrt nach deutschen Häfen die Aushungerung Deutschlands doch nicht durchzuführen sei, die englische Kontrolle ihres Handels und Verkehrs gefallen lassen müssen. Die Einfuhrstrafs wurden gebildet und zu deren Beaufsichtigung die englischen Konjulin mit einem Heer von Schnüfflern bestimmt. Unter der steten Drohung, ihnen sonst jeglichen überseeischen Verkehr ganz unmöglich zu machen, wurden die neutralen Staaten gezwungen, sich den jeweiligen Befehlen der Londoner Machthaber zu fügen.

Wir haben schon im ersten Teilarartikel einen schwedischen Protest gegen die Pläne der Wirtschaftskonferenz angeführt. Für ihre Textilindustrie und andere Betriebe braucht die Schweiz Rohstoffe, die sie zurzeit nur über Frankreich und Italien beziehen kann; ferner kann jetzt die Lebensmittelfuhr nur über die Grenzen jener Länder erfolgen. Andererseits kann sie Kohle und Eisen nur aus Deutschland bekommen. Die Schweiz ist also auf beide Mächtegruppen angewiesen. Nun wurde ihr gedroht, und zum Teil wurde die Drohung auch schon verwirklicht, die Zufuhr von Rohstoffen zu sperren, falls sie nicht die Ausfuhr bestimmter Artikel (wohlgemerkt: nicht Kriegsmittel!) nach Deutschland einstelle. Deutschland dagegen machte sein vertragliches Recht auf Kompensationen für Kohle und Eisen geltend. Jetzt steht die Schweiz vor der Frage, was werden soll. Um ihre Industrie weiterführen zu können, braucht sie beide Teile. Also Verhandlungen, zunächst in Paris. Deren Ergebnis faßt die „Agence Havas“ in folgenden Sätzen zusammen: „Am Donnerstag und Freitag fanden zwischen den Vertretern der Verbündeten und den schweizerischen Vertretern Besprechungen statt. Im Laufe dieser Besprechungen wurde der Standpunkt der Verbündeten wie folgt festgestellt: Auf der einen Seite besteht der aufrichtige Wunsch, dem Schweizer Volk alles zu dessen Verbrauch Notwendige zu gewähren, auf der anderen Seite kann unmöglich zugelassen werden, daß durch die Vermittlung der Schweiz Deutschland und Oesterreich-Ungarn sich mit Rohstoffen versehen können, die direkt oder im Durchgangsverkehr aus den verbündeten Staaten kommen. Die schweizerische Delegation glaubte feststellen zu müssen, daß es in der schwierigen Lage, in die die Schweiz einerseits durch die Ansprüche der Zentralmächte verjagt ist, keine befriedigende Lösung auf die von der eidgenössischen Regierung gestellten Verlangen gebe. Immerhin hat sie der Prüfung der Alliierten einen Nebenvorschlag unterbreitet, wie auch die Vertreter der Verbündeten gewisse Anregungen machten. Nach gemeinsamer Uebereinkunft wurde beschlossen, auf Ende

Historisches über den englischen Imperialismus.

II.

Die Ausbeutung und der Reichtum Hollands weckten die Eifersucht und den Neid Englands. Wie neben den Niederländern und den deutschen Protestanten Frankreich in seinen Kämpfen gegen Spaniens Weltmacht von England gestützt worden war, so versuchte es jetzt England mit Hilfe Frankreichs, das holländische Imperium niederzuwerfen.

Am 9. Oktober 1651 wurde unter Cromwell vom republikanischen englischen Parlament die Navigation Act beschlossen, jenes Schiffs- und Seehandelsgesetz zur Förderung der britischen Schifffahrt, welches bis 1850 bestanden hat. Dasselbe war ausschließlich gegen die Holländer gerichtet und bestimmte, daß alle aus Asien, Afrika, Amerika oder aus den englischen Besitzungen kommenden Waren nur durch britische Schiffe in Großbritannien und Irland und in den britischen Kolonien importiert werden dürfen; daß alle in Europa erzeugten oder verfertigten Waren im britischen Reiche nur auf britischen oder solchen Schiffen sollen geführt werden dürfen, welche Eigentum des Landes waren, von welchem die Waren ausgeführt wurden; daß ein solches Schiff in England gebaut sein und seine Mannschaft wenigstens zu zwei Dritteln, nebst dem Kapitän, geborene oder naturalisierte Briten sein müßten; daß kein fremdes Schiff eine Rückfracht von England, jedes englische Schiff aber doppelte Fracht von anderen Ländern mitnehmen dürfte.

Diesem Gesetz folgte das Verbot jeder Einfuhr aus Holland, den Niederlanden und Deutschland unter allen Verhältnissen, auf jedem Schiff, britischem oder fremdem, bei Strafe der Konfiskation des Schiffes und der Ware. (Man sieht, die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz sind keine neuen, sondern eine in England längst erprobte Sache. Die Red. d. Z.)

Die Folge war 1653 ein Krieg der Holländer gegen die Engländer. Der Admiral Blake schlug die holländischen Admirale Tromp und Ruyter mehrere Male entscheidend, aber nicht vernichtend.

Zu gleicher Zeit, 1653, schloß Cromwell mit Frankreich ein Bündnis. Frankreich lag mit Spanien im Krieg. Der Französisch-Spanische Krieg erlaubte einen Raubzug gegen die ostindischen Besitzungen Spaniens.

1655 schloß Cromwell mit Frankreich einen Handelsvertrag. England eroberte durch seinen Admiral Blake nun die Besitzungen Spaniens in Indien und Amerika.

1657 schloß England aufs neue einen förmlichen Bund mit Frankreich zum Zweck der Verabreichung Spaniens.

1664 ist England im geheimen Bündnis mit Frankreich und führt damit eine Niederlage Hollands in diesem Kriege mit England herbei. Die holländische Flotte wurde geschlagen.

1670 traf der englische Minister Buckingham die Einleitung zu einem Bündnis Englands mit Frankreich gegen Holland. Frankreich erklärte den Krieg, und England rüstete für Frankreich seine Flotte. 1672 erklärten Frankreich und England gemeinsam den Holländern den Krieg. Die vereinigten Flotten Frankreichs und Englands und die unüberwindlichen Heere Ludwig XIV. bedrohten die Weltmacht Hollands. Spanien leistete Holland Hilfe. In großen Seeschlachten wurde Hollands Flotte und Handel schwer geschädigt. Seine weltbeherrschende Stellung war erschüttert. England heimste hohe Gewinne ein.

Mittlerweile stieg die von Ludwig XI. gegründete französische Monarchie mit schnellen Schritten zur europäischen Weltmacht empor. Das Zeitalter Ludwig XIV. sieht die endgültige Vernichtung der spanischen Macht, den beginnenden Niedergang Hollands und den glanzvollen Aufstieg Frankreichs unter Colbert. Colbert förderte Handel und Industrie. Eine mächtige Flotte wurde geschaffen. Ein einziges, über alle Erdteile sich erstreckendes französisches Weltreich entstand.

Wieder verband sich England mit den kontinentalen Mächten Europas, um Frankreich zurückzuhalten. Im spanischen Erbfolgekrieg stand der deutsche Kaiser, Holland, Sardinien und Spanien an der Seite Englands gegen Frankreich, um am Ende in den Friedensvertrag Bedrohungen zu werfen. England verschaffte sich damals im Friedensvertrag mit Frankreich den Asiento (den einträglichen Sklavenhandel mit den spanischen Kolonien), erzwang die Schleifung der Festungswerke von Diunkirchen, den Besitz von Gibraltar, der damals stärksten Festung Europas und der Welt, nahm Minorca, Neu-Schottland, die Hudsons-Bay-Länder und andere Gebiete.

Ein drastisches Beispiel, wie die Kontinentalmächte auf den europäischen Fluren die Schlachten Englands schlugen, ist das Bündnis Englands mit Friedrich dem Großen von Preußen. England war damals im Besitz von jenen Ländergebieten, die wir heute als die Vereinigten Staaten von Nordamerika bezeichnen. Diese Gebiete umfaßten allerdings nur einen kleinen Länderstrich. Die Franzosen hatten gleichfalls riesenbesitzungen in Amerika und Indien. Kanada, Louisiana z. B. gehörten den Franzosen. Um die Gebiete in den damals noch wilden Mississippi- und Ohio-

Ländern stritten sich beide Länder. Im Jahre 1755 kam es zum Streit wegen der ostindischen und amerikanischen Besitzungen.

Um die französische Macht in jenen überseeischen Gebieten vernichten zu können, schloß England einen Bund mit Friedrich dem Großen, der wegen der schlesischen Besitzungen mit Maria Theresia von Oesterreich und deren Verbündeten im Streit lag, der, wie vorauszusehen war, zum Kriege führen würde. Um Frankreich in den Krieg zu verwickeln, versprach England Friedrich dem Großen eine jährliche finanzielle Unterstützung von 4000 000 Talern. Es versprach weiter die Bezahlung der Kosten für die sogenannte alliierte Armee, es versprach Truppen sendungen, und es wurde vereinbart, daß beide Mächte nur gemeinsam Frieden schließen dürfen. (Auch im jetzigen Kriege hat bekanntlich England mit seinen Verbündeten vereinbart, nur gemeinsam Frieden zu schließen. D. R. d. Z.) Zu gleicher Zeit unterstützte England die Regierung von Gotha, Hessen, Bayern, Lippe, Waldeck, Kurhessen und Braunschweig mit Geld. Das Bündnis mit Friedrich dem Großen wurde als Vertrag von Westminster im Jahre 1756 geschlossen. Unmittelbar darauf begann der Siebenjährige Krieg. Frankreich wurde dadurch genötigt, 150 000 Mann Truppen in Europa gegen Friedrich ins Feld zu stellen. Dadurch war es genötigt, seine Truppenzahl in Indien und Amerika zu verringern, und England behielt die Möglichkeit, Frankreich dort zu besiegen, nachdem es den Krieg ohne eigentliche Kriegserklärung eröffnet hatte. Die französischen Truppen wurden geschlagen. Wie England Friedrich den Großen in Europa in den ersten zwei Jahren des Siebenjährigen Krieges, trotz eingegangenen Vertrags, nur sehr wenig oder gar nicht unterstützte, so handelte es auch am Ende des Krieges entgegen dem eingegangenen Vertrag, indem es ohne Friedrich dem Großen mit Frankreich in Friedensverhandlungen eintrat und in den Friedensvertrag sogar einige, dem Preußenkönige ungünstige Bestimmungen, wie Räumung der von den Franzosen besetzten rheinischen Festungen, aufnehmen ließ.

Das Ende des Krieges verschaffte England riesige Gebiete. Aus ganz Ostindien waren die Franzosen verdrängt. Die Englisch-Ostindische Kompanie hatte dort ein gewaltiges Reich erobert. 1759 und 1762 hatten die Franzosen alle westindischen Kolonien (Nordamerika) verloren. Ganz Kanada kam zu England, alle afrikanischen Besitzungen Frankreichs waren von England erobert. Sabanna, Manila kamen zu England.

Die Frucht des Siebenjährigen Krieges war die Schöpfung des gewaltigen englischen Kolonialreiches.

nächster Woche eine neue Zusammenkunft anzusetzen, damit unterdessen alle Regierungen den Vorschlag und die Anregungen prüfen können."

Wenn der Wirtschaftskrieg nach dem Waffenkriege mit denselben Mitteln und unter denselben Bedingungen auch hinsichtlich der Schweiz gegen Deutschland geführt wird? Was dann? Dann wird sie für ihre Textilindustrie Rohstoffe, vielleicht aber keine Kohle haben, bekommt sie aber beides, so wird sie noch kein Eisen haben. Bekommt sie aber alles von und durch England und Frankreich, so werden ihr manche Dinge viel teurer zu stehen kommen, als es der Fall wäre, wenn sie sie wie bisher aus Deutschland beziehen könnte.

Auch in Spanien wird die Wirtschaftskonferenz mit solchen Augen angesehen. Ziemlich allgemein ist man dort der Ansicht, daß die Verbündeten sich damit auf ein sehr gefährliches Gebiet begeben und den Krieg gewissermaßen in Permanenz erklären. Man glaubt, daß dann auf den jetzigen Krieg ein noch weit schrecklicherer und wahrer Kampfumschlag folgen werde. Nur wenn die Mittelmächte jetzt völlig besiegt werden sollten, was nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge doch recht unwahrscheinlich sei, würden die Konferenzbeschlüsse überhaupt durchführbar sein.

Sieht aber die Schweiz für sich schon die Zukunft in düsteren Farben, ist das selbst bei Spanien der Fall, so können wir, als diejenigen, gegen die sich der jetzige Wirtschaftskrieg richtet und der zukünftige richten wird, erst recht nicht unbefangt in die Zukunft blicken. Wenigstens müssen wir uns klarmachen, was die Zukunft uns bringen kann, so daß wir die uns zugehenden Schläge um so besser parieren können.

Wir wollen unsere Betrachtung mit einer Würdigung der Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz schließen, die ihnen Genosse Julius Kaliski angebeihen läßt. Nachdem er ebenfalls davor gewarnt hat, jener Pariser Konferenz die ihr innewohnende Bedeutung abzuspitzen, schreibt er am Schluß:

Daß ein paar englische Blätter, die bis vor kurzem zu den festesten Stützen des Freihandels gehört haben, gegen dieses handelspolitische Programm einige Bedenken erheben, will gegen den Ernst englischer Absichten wenig sagen, denn nirgends in der Welt vollziehen sich einschneidende Veränderungen mit reiflicher Einmütigkeit. Wenn es England und seinen Hilfsvätern gelingen würde, die Mittelmächte auf die Knie zu zwingen, würde nicht daran zu zweifeln sein, daß das englische Kapital die Empfehlungen der Pariser Wirtschaftskonferenz in die Tat umsetzt; in jedem Fall wird England auch diese Ziele mit Zähigkeit verfolgen. Daß die gegenwärtigen Bundesgenossen Englands dabei nicht gut fahren würden, ist gewiß, denn Rußland, Frankreich und Italien erlitten schweren Schaden, wenn sie auf den Bezug deutscher Produkte verzichten müßten, da sie gute und billige Erzeugnisse deutscher Leistungsfähigkeit durch minder gute, aber minder billige Waren englischer Herkunft ersetzen müßten. Für England liegt darin der Zweck der Übung, denn es täuscht sich darüber nicht, daß es auf den entscheidenden Gebieten in einem freien Wettbewerb gegen Deutschland nicht zu siegen vermag; deshalb liegt es nahe, nach den Mitteln der Gewalt zu greifen, für die es seine Bundesgenossen zu begeistern versucht. Vor allem richten sich die Anstrengungen Englands auf die Erlangung einer bevorzugten Stellung auf dem großen russischen Markt, die naturgemäß schon infolge der geographischen Lage Deutschland zukommt, das sie auch kraft seiner industriellen und kommerziellen Überlegenheit zu vertreten in der Lage ist. Lange vor dem Kriegsausbruch bereits ist in England daran gearbeitet worden, auch für seine wirtschaftlichen Interessen eine möglichst bequeme Aufnahmestelle in Rußland vorzubereiten."

Man sieht, es steht für Deutschland nicht wenig auf dem Spiele. Zunächst freilich für das Industriekapital, in zweiter Linie aber auch für die Industriearbeiterschaft.

Konferenz der Textilarbeiter im Gau I (Hannover).

Die wichtigsten Daseins- und Erwerbsfragen, die zurzeit alle Textilarbeiter Deutschlands angeht, sind durch den Krieg geschaffenen veränderten Verhältnisse in der Textilindustrie bewegen, waren natürlich Gegenstand auch der Beratungen und Beschlüsse der Konferenz, die am 8. und 9. d. M. von den Delegierten der Zweigvereine des Gau I unseres Verbandes im Partei- und Gewerkschaftshause in Hannover abgehalten wurde. Zu den Verhandlungen waren die Vertreter aus der ganzen Provinz Hannover, ferner aus den Herzogtümern Braunschweig und Oldenburg, aus den freien Städten Hamburg und Bremen, aus den Provinzen Schleswig-Holstein (Niel) und Westfalen (Bielefeld) erschienen. Vom Zentralvorstand war der Verbandsvorsitzende Hübsch anwesend, als Vertreterin der Frauen-Agitationskommission Frau Ebers (Hannover).

Der erste Verhandlungspunkt war die Erwerbslosenfürsorge. Das einleitende Referat hielt der Gauleiter Kollege Döbler. Er wies darauf hin, daß trotz aller Bemühungen der Organisation die Unterstützung immer noch nicht überall leicht zu erlangen sei, und daß, um darin Besserung für die Arbeiterschaft zu erzielen, diese energischer fordernd auftreten müsse. Frau Ebers, Hamburg, Wojczewski, Hannover, Bierth, Bielefeld, Fröhlich, Niel, die seine Berichterstattung ergänzten, und eine lange Reihe Diskussionsredner, unter ihnen auch der Verbandsvorsitzende Hübsch, waren mit dem Referenten über dessen Forderungen einig. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Die Konferenz des Textilarbeiter-Verbandes, Gau I, Hannover, am 8. und 9. Juli 1916, erkennt an, daß durch die Reichs-Erwerbslosenunterstützung von Seiten der Reichsregierung versucht werden soll, die Existenzmöglichkeit der Textilarbeiter und -arbeiterinnen zu erhalten, wozu aber die niedrigen Unterstützungen der einzelnen Gemeinden nicht ausreichen. Keine Industriearbeiterschaft ist in Friedenszeiten so schlecht entlohnt, wie die in der Textilindustrie. Die Textilarbeiter waren daher nicht in der Lage, sich Notgroßen zurückzulegen und müssen daher die behördlichen Maßnahmen, die allerdings durch Kriegsursachen getroffen werden mußten, hart empfinden.

Wenn die Reichsregierung will, daß die Textilarbeiterschaft nicht an Unterernährung zugrunde gehen soll, und ferner, daß der Textilindustrie eine gesunde Arbeiterschaft erhalten bleibt, so muß von ihr eine generelle Anweisung erfolgen, daß in allen Gemeinden die Unterstützung um ein wesentliches, den gegenwärtigen Lebensmittelpreisen angemessen, erhöht wird.

Gegen eine engherzige Auslegung und Anwendung der Bundesratsverordnung wenden sich die Anwesenden entschieden. Die Versammlung verlangt, daß nach folgenden Grundsätzen verfahren wird:

1. Einheitliche Anordnung und einheitliche Unterstützungsätze in den Provinzen.
2. In allen Orten, in welchen sich Textilindustrie befindet, sind, ganz gleich, ob augenblicklich Arbeitslose vorhanden sind oder nicht, unverzüglich Kommissionen einzusetzen, die ein Unterstützungsregulativ aufstellen. Grundsatz ist, daß Vertreter der Textilarbeiter in allen Ortsausschüssen vertreten sind.
3. Fortfall des Bedürftigkeitsprinzips.
4. Nichtanrechnung der Renten und Arbeitgeberunterstützungen.
5. Berechnung der Arbeitswoche zu 60 Stunden.
6. Kriegerfrauen, die in der Textilindustrie arbeitslos werden, erhalten einen Zuschuß zur Familienunterstützung.
7. Gewährung von Mietzuschüssen.
8. Wird ein in einer anderen Industrie beschäftigter Textilarbeiter wieder arbeitslos aus Gründen, die nicht in seinem Verschulden liegen, so ist ihm die Unterstützung wieder zu gewähren.
9. Nichtanrechnung des Arbeitseinkommens des Ehegatten und der Familienangehörigen.

Um der obigen Entschließung den nötigen Nachdruck zu verleihen, unterbreitet die Konferenz ihre Entschließung der am 23. Juli 1916 in Bamberg stattfindenden Reichskonferenz deutscher Textilarbeiter, mit dem Ersuchen, den beteiligten Organisationsleitungen aufzugeben, bei der Reichsregierung wie auch bei den Staatsregierungen dahin vorstellig zu werden, daß eine bessere Fürsorge für die durch Regierungsmassnahmen geschädigte Textilarbeiterschaft Platz greife."

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittlung“ nahm man die nachstehende Entschließung an:

„Die Regelung des Angebots der Textilarbeiter und -arbeiterinnen in den Arbeitsnachweisen erachtet die Gaukonferenz als eine dringende Aufgabe des Verbandes. Der Zentralvorstand muß daher beauftragt werden, dahin zu wirken, daß auch die geschaffenen Arbeitsnachweise in unserer Textilbranche gesetzlich anerkannt werden und die Unternehmer gesetzlich verpflichtet werden, die Arbeitskräfte, die er gebraucht, aus diesen Arbeitsnachweisen zu beziehen.

Bei der gegenwärtigen, infolge Kriegsmassnahmen verursachten Arbeitslosigkeit von Textilarbeitern und -arbeiterinnen erachtet es die Gaukonferenz als unbedingt notwendig, daß den arbeitslosen Textilarbeitern und -arbeiterinnen nur solche Arbeit in anderen Berufen nachgewiesen wird, die ihren körperlichen und geistigen Fähigkeiten entspricht, einer gesundheitlichen Schädigung der Betroffenen vorbeugt, und ferner, daß ein ausreichender Lohn garantiert wird. Zu diesem Zweck ist erforderlich, daß die örtlichen, paritätisch zusammengesetzten Fürsorgekommissionen bei der Arbeitsvermittlung mit zu bestimmen haben."

Der 3. Punkt der Tagesordnung: „Agitation, Mitgliederbewegung und Beitragsleistung“ wurde durch die Annahme folgender Entschließung erledigt:

„Der Krieg hat im politischen und sozialen wie im wirtschaftlichen Leben große Veränderungen hervorgerufen, wodurch auch unsere Organisation auf ein neues Wirkungsgebiet geführt wurde, das in Friedenszeiten weniger von ihr beachtet werden konnte. Ein Umlernen war des öfteren geboten, wenn für unsere Mitglieder vorteilhaft gewirkt werden sollte, und ohne dabei unsere Grundsätze aufzugeben. Wenn wir ferner nach Möglichkeit bemüht waren, den Burgfrieden zu respektieren, so deshalb, weil dieses nach unserem Dafürhalten im Interesse unseres Verbandes notwendig erschien. Bei allem muß anerkannt werden, daß unsere Organisation unter dem Burgfrieden ihre volle Schuldigkeit getan und manche Lohn- und Arbeitsverbesserung für unsere Mitglieder erzielt hat. Nicht immer haben dagegen die Textilfabrikanten den Burgfrieden gewahrt, indem sie hier und dort Verschlechterungen eintreten ließen und heute sogar, während des tobenden Völkerringens, für den Fall des Friedens zum Kampfe gegen die Textilarbeiter rüsten. An diesem dürfen wir nicht achtlos vorübergehen. Und wenn wir nicht auf Jahre zurückgedrängt werden wollen, müssen auch wir heute unsere Kampfmittel ausbessern, um sie im richtigen Moment benutzen zu können. Nun wir das, so wird unsere Organisation in erhöhtem Maße den Mitgliedern als Stütze und Anwalt bei der Verteidigung ihrer elementarsten Menschenrechte, des Rechts zum Leben, dienen können, und soll sie diese notwendige Aufgabe richtig erfüllen, so bedarf es großer Anstrengungen, einerseits den durch den Krieg verursachten Verlust wettzumachen, und andererseits größere Massen unserer Organisation zuzuführen. Das kann erreicht werden, wenn unermüdet und unerschrocken für die Vergrößerung unseres Verbandes gearbeitet wird, und hierbei müssen alle Mitglieder helfen.

In Erkenntnis dessen drücken die Vertreter der Gaukonferenz ihre Ansicht dahin aus, daß mit allen sachlichen und fördernden Mitteln, die uns durch die soziale Gesetzgebung zur Seite stehen, versucht werden soll, neue Mitglieder unserem Verbands zuzuführen, und versprechen, ihr ganzes Können in diesem Sinne zu verwenden.

Um die Mitgliederbewegung günstiger zu gestalten, ist zunächst notwendig, die Ursachen der großen Fluktuation in der Mitgliederbewegung zu ergründen. In Friedenszeiten war es durchweg möglich, die zahlreichen Abgänge durch eine große Zahl von Zugängen nicht nur auszugleichen, sondern noch zu über-treffen. In der Kriegszeit sind die Abgänge noch zahlreicher, die Zugänge aber bedeutend geringer. Abgesehen von den Einberufungen zum Kriegsdienst erklären sich die Austritte auch aus ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen und den neuen Unterstützungsverhältnissen. Wege der Abhilfe sind: 1. genaue Bearbeitung der Austritte, 2. Steigerung der Aufnahmen. Es empfiehlt sich hierfür auch die Einsetzung von Aufwachungs-kommissionen (Hausagitation). — Die Beitragsleistung kann durch Tätigkeit der Beitragsaffizierer erfolgreich gebessert werden. Auf die Auswahl dieser Affizierer ist Sorgfalt zu richten, und es empfehlen sich ferner regelmäßige Informations-sitzungen der Affizierer."

Döbler empfahl noch den Zweigvereinen, sich an die stellvertretenden kommandierenden Generale zu wenden, wenn Unternehmer, die Arbeiten für das Heer ausführten, zu niedrige Löhne zahlten, dann würde Abhilfe geschaffen und vielleicht eine Nachprüfung der Auftragserteilung an solche Unternehmer erfolgen. Mit dem Appell, alle Kraft einzusetzen, um die Organisation der deutschen Textilarbeiter ungehärtet und festgefügt in der schweren opferreichen Kriegszeit zu erhalten, damit sie nach dem Kriege die Hoffnungen der heimgekehrten Genossen nicht enttäusche, vielmehr zu neuen Kämpfen gerüstet dastehe, schloß Döbler die Gaukonferenz.

Soziale Rundschau. Soziale Zukunftsgedanken

überschreibt das Verbandsorgan der katholischen Arbeiter- und Knappschaftsvereine, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ (Nr. 25 vom 18. Juni), einen Artikel, der ihr von einem Landwehrmann zugeht. Der Verfasser gibt darin originelle Parallelen zwischen dem Kampfe Englands gegen das wirtschaftlich immer stärker und ihm lästiger werdende Deutschland und dem Verhalten der deutschen Unternehmerverbände und ihrer Nachtreter gegenüber der deutschen Arbeiterschaft vor dem Kriege. Wir entnehmen dem Artikel diese Stellen:

„Hat nur der Krieg nach außen das Anrecht auf der inneren Frieden? Ein gewisses Unbehagen beschleicht uns in der Arbeiterbewegung, wenn wir an manchen Vorgängen der Vergangenheit zurückdenken. Wir haben's ehrlich gemeint, suchten lediglich die Verwirklichung berechtigter Forderungen mit duldbarer Rücksichtnahme auf die anderen Stände. Welche Hindernisse wurden uns dabei oftmals bereitet? Nicht einmal die allgemeine Anerkennung des Koalitionsrechts war zu erreichen."

„Man scheute nicht zu sehr auf die widerrechtlichen Ziel-punkte unserer Gegner im Weltkriege, wir haben in un-serem innerpolitischen sozialen Leben ähnliche Vorgänge erlebt. Die schwarzen Listen Englands, auf denen unser deutsches Wirtschaftsleben zur Schädigung vorgemerkt ist, waren bei uns in der Anwendung gegen die Arbeiter längst bekannt. Wie mancher Arbeiter, der um die Gesamtheit ein besseres Los verdient hätte, irrte von Arbeitsstätte zu Arbeitsstätte, überall gedrückt und geschoben, nirgends lange geduldet, nur weil er sich eine offene, aber berechnete Kritik erlaubte. Die Intelligenz der Arbeiterschaft wurde als „gefährlich“ empfunden!"

„Man fragt und fragte, welchen Zweck die Arbeiterbewegung verfolgte? Die Anerkennung und die Gleichberechtigung in der Gesellschaft, Anteilnahme an den Gütern des Lebens und der Kulturer-rungen der Nation — das sind nur wenig Worte, doch von ungeheurer Tragweite. Das Vaterland, für dessen Erhaltung wir heute gemeinsame und gleiche Opfer bringen, ist Eigentum der Gesamtheit. Wir alle haben Anteil an dessen Schutz und Hilfe, an den Schönheiten und anderen Gütern, die es bietet. . . . In diesem Augenblicke, wo uns alle ein heiliger Born erfasst hat gegen die nieder-trächtigen Aushungerungspolitik unserer Gegner, die das deutsche Volk auf die Knie zwingen soll, darf einmal darüber nachgedacht werden, was den gedrücktesten Stand der Gesellschaft durchdringt, wenn er im Kampfe ums Dasein seine wenig beneidenswerte Lage zu verbessern sucht, einen körperlich und geistig erträglichen Zustand erstrebt und allseitig darin Hemmung und Widerstand findet. . . . Ebensowenig wie das deutsche Volk von Englands Gunst und Gnade abhängig sein soll, darf die deutsche Arbeiterschaft die Brockenjammelstelle der Gesellschaft sein."

Diese Gedanken und diese Sprache eines Mannes, der in einer von den Kirchenbehörden beaufsichtigten Arbeiterorgani-sation steht, sind ein Zeichen für die unaufhaltsam fort-schreitende Einsicht in die soziale Entwicklung. Von der alten stummen Zufriedenheit mit den gegebenen Zuständen ist da fürwahr nichts mehr zu spüren. Im übrigen macht dieser katholische Arbeiter sich auch keine Illusionen über das, was nach dem Kriege kommt; er spricht es aus, daß „auch die Zu-kunft nicht ohne wirtschaftliche Kämpfe dahingehen wird“; er „hofft“ nur, daß die Kämpfe „mehr sachlich, duldsam und mit mehr gegenseitigem Verständnis verlaufen“. Wer im gewerkschaftlichen Kampfe steht, der muß wissen, daß das „Verständnis“ und die „Duldsamkeit“ auf der anderen Seite nicht von dem guten Willen abhängt, sondern von der Macht der Arbeiterorganisation, mit deren Stärke sie automatisch wachsen.

Zur Erwerbslosenfürsorge.

Die Zittauer Handelskammer zur Textilarbeiterfürsorge.

Die Handelskammer Zittau erläßt eine energische Mah-nung an die Firmen, Beiträge für die Textilarbeiterfürsorge zu leisten, indem sie folgendes befanntigt: Bedauerlicher-weise entzieht sich noch ein erheblicher Teil der Firmen der Pflicht, Beiträge für die Textilarbeiterfürsorge zu leisten. Auf die Anregung eines Mitgliedes des Landesausschusses für die Unterstützung der Textilarbeiter sind daher die un-teren Verwaltungsbehörden veranlaßt worden, auf derartige Firmen in dem Sinne einzuwirken, daß sie das bisher Ver-säumte nachholen. Von der Amtshauptmannschaft Ramez ist die Handelskammer unter Hinweis hierauf gebeten worden, sich über die Angelegenheit zu äußern, und zwar sich insbe-sondere darüber auszusprechen, ob bereits diesseits Schritte in der gedachten Richtung unternommen worden seien und zu welchem Ergebnis sie geführt hätten. — In der letzten Sitzung der Zittauer Handelskammer hob der Vizepräsident der Kammer, Kommerzienrat Richter-Großschönau, die Wichtig-keit und Notwendigkeit einer ausreichenden Fürsorge für die arbeitslosen Textilarbeiter hervor. Welche bedeutenden Ein-flüsse diese Unterstützung haben müsse, geht u. a. aus der Tat-sache hervor, daß allein in Großschönau jetzt 25 000 Mk. pro Monat an Unterstützungen zu zahlen seien. Schon vor einem Jahre hatten die Textilindustriellen der Oberlausitz bei der Besprechung in Dresden erklärt, sie hielten es für eine be-sondere Ehrenpflicht, ihren Arbeitern zur Seite zu stehen. Der größte Teil der Oberlausitzer Industriellen habe auch die Unterstützung durchgeführt, wieder habe aber andererseits eine Anzahl nicht mitgetan, zum Teil unter der Angabe, daß sie zahlen werden, sobald die Beitragspflicht obligatorisch sei. Nicht die, die selbst schwach seien, sollten denen, sondern jene, die dazu in der Lage wären. Nicht der Staat allein brauche

zu unterstützen, sondern auch die Industriellen wollten helfen. Ihm, dem Referenten, wäre es eine große Freude, wenn die Säumnigen endlich den Bestrebungen zur Unterstützung der Textilarbeiter beitreten würden. In einer Sitzung in Dresden sei die Unterstützung auf eine andere Basis gestellt worden. Man habe die Lebensbedürfnisse eines Ehepaars auf 17,20 Mark normiert. Dieser Satz werde jetzt schon im Bezirke der Amtshauptmannschaft Zittau gezahlt. Diese stehe damit mustergültig da. Viele andere Bezirke hätten es noch nicht so weit gebracht. — Kammermitglied Ohmann betonte, man müsse ohne weiteres anerkennen, daß die Weberei große Opfer auf sich genommen habe, und nur mit Freude wäre es zu begrüßen, wenn die noch außenstehenden Firmen zur Beitragsleistung sich entschließen würden. Besser wäre es vielleicht gewesen, wenn man die Beiträge in Höhe von 1 oder 1/2 Proz. der Lohnzahlungen von der Gesamtindustrie erhoben hätte. Vizepräsident Richter entgegnete, daß diese Allgemeinbeteiligung der Arbeitgeber viel erörtert worden wäre, daß sie aber trotzdem nicht das Richtige sei. Da der Staat zwei Drittel der Beiträge leiste, müßten ja alle zur Unterstützung der Textilarbeiter beitragen.

Unterstützungen an beschäftigungslose Arbeiter der Textil- und Bekleidungsindustrie in Sachsen.

In einer im sächsischen Ministerium des Innern stattgefundenen Sitzung des Landesauschusses für Textilarbeiterfürsorge im Königreich Sachsen wurde eine Nachprüfung der Unterstützungen an beschäftigungslose Arbeiter der Textil- und Bekleidungsindustrie beschlossen. Als Unterlage für die Berechnung der Unterstützungen sollen künftig die für die Betroffenen erforderlichen Mengen an Nahrungsmitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen dienen. Die festgestellten Bedarfsmengen sind je nach den örtlichen Preisen in ihren Geldwert umzurechnen und die so gemonnene Summe als Grundlage für den Unterstützungssatz zu nehmen. Für Familienangehörige gelten entsprechende Zuschläge. Die bisherige Bestimmung, daß der Unterstützungssatz keinesfalls höher sein darf als der verdiente Lohn, ist außer Kraft gesetzt worden. Kriegsteilnehmerfrauen können als arbeitslose Textilarbeiterinnen für sich die Kriegerfamilienunterstützung in voller Höhe beziehen. Kleine Verdienste, Renten und dergleichen in Höhe von 2 Mk. bei ledigen Personen und 4 Mk. bei männlichen und weiblichen Haushaltungsvorständen werden nicht mehr auf die Unterstützung angerechnet. Die Zinsen von Ersparnissen bis zu 3000 Mk. und die staatliche Wochenhilfe bleiben völlig unberücksichtigt. An in auswärtige Arbeit vermittelte verheiratete Personen wird von Fall zu Fall entsprechender Unterstützungszuschuß geleistet. Neu in die Fürsorge einbezogen werden sind die Arbeiter und selbständigen Gewerbetreibenden der Nebengewerbe der Textilindustrie und diejenigen der Konfektions-, Wäsche-, Stoffblumen- und Filzindustrie.

Für unsere Frauen.

Hauswirtschaftliche Kurse der Kriegsfürsorge für die erwerbsbeschränkten und erwerbslosen Textilarbeiterinnen in Augsburg.

Die Stadt Augsburg benutzt die Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie, um die Textilarbeiterinnen in der Hauswirtschaft zu unterrichten. Sie hat folgende beachtenswerte Bestimmungen in Kraft treten lassen:

1. Die Kriegsfürsorge Augsburg errichtet für die erwerbsbeschränkten und erwerbslosen Textilarbeiterinnen hauswirtschaftliche Kurse mit freiwilligem Besuch.
2. Der Unterricht umfaßt die im Arbeiterheim anfallenden hauswirtschaftlichen Fertigkeiten und volksgesundheitliche Belehrungen nach Maßgabe der aufgestellten Pläne.
3. Die Höchstzahl der Teilnehmerinnen eines Kurzes beträgt 24. Die Kurse werden nach Maßgabe der arbeitsfreien Zeit in der Weise festgelegt, daß ein Wochenhalbtage (4 Beschäftigungstunden) auf praktisches Kochen und ein Wochenhalbtage (4 Beschäftigungstunden) auf Nähen und Flickarbeiten treffen.

Die volksgesundheitlichen Belehrungen erfolgen unter Zusammenfassung der gemeldeten Teilnehmerinnen in der Turnhalle der Maria-Theresia-Schule.

4. Jeder geschlossene Kursus stellt aus der Zahl der Teilnehmerinnen zwei Vertreterinnen auf, die berechtigt sind, Wünsche, Anträge und Erinnerungen vorzubringen und welche die Kursleitung in der Durchführung der Kurse unterstützen, besonders auch durch Einwirkung auf die Teilnehmerinnen zu regelmäßiger und pünktlicher Kursusbesuche und zur Einhaltung der Kursusordnung. Teilnehmerinnen, welche zweimal ohne Entschuldigung fehlen, werden von der weiteren Beteiligung ausgeschlossen.
5. Die Kurse sind für die Teilnehmerinnen völlig unentgeltlich. Dieselben verpflichten sich, bei den Näh-, Flick- und Wäschstunden die nötigen Utensilien selbst mitzubringen. Die Rohstoffe für die Küche und zur Herstellung neuer Stücke bei den Nähkursen werden von der Kriegsfürsorge beigesteuert.
6. Die Leiterinnen der Koch- und Nähkurse führen ein Teilnehmerinnenverzeichnis und ein Verzeichnis über die angefallenen Ausgaben. Falls die Teilnehmerinnenzahl eines Kurzes unter 16 herunterfällt, ist ungeachtet an das Kriegsfürsorgeamt zu berichten.

Die Kursleiterinnen haben am Schlusse der Kurse dem Kriegsfürsorgeamt eine Abrechnung vorzulegen.

7. Die gekochten Speisen und die gefertigten Bekleidungsstücke werden den Teilnehmerinnen unentgeltlich überlassen.
- Es ist folgender Lehrplan aufgestellt worden:

I. Kochkursus. (4 Wochenstunden.) Ziel: Die Arbeiterkost. Lehrplan und Übungen: Die Milch und die Milchprodukte: Milchsuppe; Topfen mit Milch. Das Ei: Harte und weiche Eier. Rührei. Das Mehl: Klüffiger Teig; Nudeln. Fester Teig; Nudeln. Das Fett: Auslassen von Fett. Helles Einbrennen: Kartoffelgemüse. Dunkles Einbrennen: Brennsuppe, Zwiebelsoße. Die Gemüse: Gelbe Rüben; Wirsing; Spinat; Dörrgemüse. Die Kartoffel; das Sauerkraut: Kartoffelbrei. Kartoffelnudeln und Kartoffelknödel. Sauerkraut gefüllt. Seefische: Stockfisch mit gedünstetem Kraut. Rabeljau oder Seelachs gebraten mit Salzkartoffeln. Die Kochkiste: Anfertigung der Kochkiste. Reis mit

Apfeln. Fischpichelsteiner. Das Fleisch: Gaserlockensuppe, Rindfleisch gekostet mit Gemüse. Eingemachtes Kalbfleisch mit Maismehlnockerl. Ein Wochtag: Kinder-, Leib-, Bett- und Tischwäsche. Anwendung der Kochkiste. Das Arbeiterfrühstück: Kaffee, Malzkaffee, Kakao, verkochte Brotsuppe. Das Abendessen: Wurst mit gerösteten Kartoffeln. Hering mit Kartoffeln in der Schale und Käse. Das Mittagessen: Leberknödel, Sauerbraten mit Beigabe. Dicke Suppe, Grieschmarren mit Dörrrobt. Ein Stöbertag: Küchenstöberei. Anwendung der Kochkiste.

II. Näh- und Flickkursus. (4 Wochenstunden.) Ziel: Die Flick- und Näharbeiten im Arbeiterheim. Einnähen von Knöpfen: Hemdknöpfe, Hornknöpfe, Stoffknöpfe, überponnene Knöpfe, Knopf mit Hals, Knopfloch. Ausbessern von Wäsche und Kleidungsstücken: Ausbessern von Rissen in farbiger und weißer Wäsche sowie an Kleidungsstücken durch Stopfen. Flickarbeiten von Wäsche und Kleidungsstücken durch Einsetzen von Stoffstreifen. Ersatz durch neue Teile: Einsetzen von Taschen und Ärmeln. Anbringen von Rigen, Borten und Schnüren, ferner von Schlingen zum Aufhängen. Stopfen an gestrickten Gegenständen: Gitterstopf, Maschenstopf. Ersatz durch Anstricken und Einstricken: Anstricken des Beines und des Vorfußes. Einstricken von Stücken an Strümpfen. Einstricken einer Ferse. Doppeln der Sohlen mit Fleck. Stricken neuer Stücke: Pulswärmer, Socken, Strümpfe, Handschuhe. Zuschneiden und Anfertigung einfacher Wäschestücke für Kinder und Erwachsene: Windeln, Windelhöschen, Tragröckchen, Kinderhemdchen, Kinderjackchen, Wäschestücke für Erwachsene (8 Uebungstunden). Zuschneiden und Fertigung von Schutzkleidung: Ärmelschoner, Arbeiterschürzen für Männer und Frauen. Anpassen und Umarbeiten getragener Kleidung: Umarbeiten von zu engen und zu weiten Kleidungsstücken. Verlängern und Verkürzen. Anpassen von Kleidungsstücken der Erwachsenen für Kinder (8 Uebungstunden). Aendern getragener Hüte: Abtrennen, Füttern, Anbringen von Bändern und einfachem Schmuck.

III. Vorträge über Volksgesundheitspflege. (1 Wochenstunde.) Ziel: Was die Arbeiterin über Gesundheitspflege, Mutterchaft und Säuglingspflege wissen soll. I. Hauptaufgabe: Körperpflege in gesunden und kranken Tagen. II. Hauptaufgabe: Die Volkskrankheiten; ihre Verhütung. III. Hauptaufgabe: Wohnung und Gesundheitspflege. IV. Hauptaufgabe: Mutterchaft und Säuglingspflege.

Unsern Kollegen Feinhals teilte Herr Stadtschulinspektor Gözle mit, daß sich zu den Kursen nicht weniger als 2434 Teilnehmerinnen, und zwar 1040 für die Kochkurse, 953 für die Nähkurse und 441 für die Kurse für Volksgesundheitspflege meldeten. Fleiß und Verhalten der Teilnehmerinnen sind sehr befriedigend. Die Nähkurse und die Kurse für Volksgesundheitspflege sind schon seit dem 1. Mai d. J. im Betriebe. Die Kochkurse haben am 1. Juli begonnen.

Wir konstatieren mit großer Genugtuung, daß Fleiß und Verhalten der Teilnehmerinnen sehr befriedigend sind. Wir haben das nie bezweifelt, wohl aber wurde früher oft von den Gegnern der Bestrebungen der Arbeiter eingewandt, die Arbeiterinnen hätten nur Drang zum Herumziehen, nicht aber dazu, etwas zu lernen. Das Gegenteil steht jetzt fest. Jedenfalls hat auch hier die Fernhaltung jeglichen äußeren Zwanges und nur das Wirken der moralischen Kräfte zu dem guten Resultat beigetragen.

Wir halten diese Einrichtung für sehr dankenswert. Hier könnten sich Langenbielau und andere Orte in Schlesien, welche die Arbeiterinnen in die hauswirtschaftliche Unordnung auf den Dominien zwingen, ein Vorbild nehmen dafür, wie man es machen soll, um den Arbeiterfamilien und dem Gemeinwesen zu nützen. Denn es ist doch ohne Zweifel, daß diese Einrichtung in Augsburg zukünftig auch ihre segensreichen Wirkungen für die Gemeindefasse haben wird. Das, was diese Kasse jetzt ausgibt, um die hauswirtschaftlichen Kurse zur Durchführung zu bringen, wird ihr in vielfältigem Betrage später zugute kommen, wenn das in den Kursen Gelernte im Wirtschaftsleben der Stadt Augsburg wirksam wird. Wir meinen, anderwärts täte solche Einrichtung auch dringend not.

Berichte aus Fachkreisen.

Landeshut. Aus Anlaß der Differenzen, die der Einführung der Kriegserwerbslosenfürsorge entgegenstehen, weil die Unternehmer mit Einführung dieser die wöchentliche Kriegszulage wegnehmen wollen, kam es am 30. Juni zu einer gewaltigen Eindringlichen Solidaritätsdemonstration der gesamten hiesigen Textilarbeiterchaft. Wie auf einen Ruf verließ diese um 9 Uhr früh, allen entgegengesetzten Hindernissen zum Trotz, die Betriebe und begab sich vor das Rathaus, um durch Massenwillen zum Ausdruck zu bringen, daß bei Sinken der Arbeitszeit unter 50 Stunden pro Woche die Kriegserwerbslosenfürsorge unter gleichzeitiger Weiterzahlung der wöchentlichen Kriegszulage einzuführen ist. Die Arbeiterchaft wurde mit ihrer Forderung an das Landratsamt verwiesen. Einer ungeheuren Woge gleich strömten die Massen vor das Rathaus. Es wurde für 1 Uhr eine Sitzung versprochen, zu der aus jedem Betriebe drei Arbeiter resp. Arbeiterinnen zu entsenden waren. Diese Sitzung fand aber erst um 3 1/2 Uhr statt. Es war hocherfreulich, wie den anwesenden Herren Unternehmern von ihren eigenen Beschäftigten in der eindringlichsten, doch sachlichsten Art die entsehlliche Not geschildert wurde. Auch die Behandlung, die besonders der Spinnmeister Buchberger resp. sein Sohn den Arbeiterinnen zuteil werden läßt, wurde zur Sprache gebracht. Seitens der Unternehmer versuchte man es so darzustellen, als ob übertrieben würde, im übrigen erklärte man, daß man eine derartige Behandlung verurteile. Bezüglich der Weiterzahlung der wöchentlichen Kriegszulage beharrte man auf dem bisher eingenommenen ablehnenden Standpunkte. Es sei nicht der Wille des Unternehmerverbandes, irgend welches weitere Zugeständnis über die in den Leitfäden der Kriegserwerbslosenfürsorge gemachten Bestimmungen hinaus zu machen. Mit allem Möglichen wurde versucht, die Textilarbeiter als besonderes Entgegenkommen an die Arbeiterchaft hinzuhalten, im übrigen müßten die Arbeiter auch Opfer bringen. Eine Arbeiterin konnte sofort nachweisen, daß infolge der durch die Kriegsmassnahmen beschränkten Beschäftigung sie im letzten Kriegsjahre einen Winterdienst von 232 Mk. hatte, trotzdem sie noch pro Woche 50 Stunden beschäftigt wurde. Bei Wegfall der wöchentlichen Kriegszulage und verkürzter Arbeitszeit

vermehrt sich dann das Kriegsoffer noch. Von höchstens 9 Mk. pro Woche könne sie sich und ihre Mutter nicht ernähren. Sie bilde aber keine Ausnahme, sondern die meisten Fälle liegen so oder ähnlich. Die Unternehmer rechnen immer mit kinderreichen Familien, aber auch da liegt die Sache so, daß es sich zumeist um Einzelfälle handelt, wo wirklich alleinige Ernährer in Frage kommen und dann dadurch Sätze von 20 Mk. und mehr pro Woche in Betracht kommen. Auch selbst bei diesem Betrage wird kaum die größte Kriegszulage behoben werden können, weil fünf bis acht Köpfe damit zu erhalten sind. Auf die Weiterzahlung der wöchentlichen Kriegszulage, dies betonten alle Vertreter der Arbeiterchaft, kann auch bei Einführung der Textilarbeiter die Arbeiterchaft nicht verzichten. Auch das Ansehen, daß in besonderen Notfällen sich die Betroffenen an ihre Arbeitgeber oder an die Stadtverwaltung mit Gesuchen wenden sollen, konnte nicht zur Befolgung empfohlen werden, weil die Not so allgemein ist, daß jene zur Verfügung stehenden Beträge in kurzer Zeit aufgebraucht sein würden. Der vom Geschäftsführer Scholz gemachte Vorschlag, daß die Unternehmer bei der Regierung den Antrag stellen sollen, von den 12 Proz., die sie zur Textilarbeiter mit beitragen, entbunden zu werden, um die wöchentliche Kriegszulage weiterzahlen zu können, fand keine Annahme. Es wurde behauptet, der Aufbau der Textilarbeiter sei derart, daß die Unternehmer von den 12 Proz. Zuschuß nicht befreit würden. Nach fast dreistündiger Verhandlung ergab sich, daß die Unternehmer nicht bereit sind, bei Einführung der Textilarbeiter die wöchentliche Kriegszulage weiterzahlen. Da bis zum 1. September d. J. für die Webereien noch die 50stündige Arbeitswoche beibehalten werden kann, so tritt erst von da ab die bestehende Differenz voll in Erscheinung. Für die Spinnereien mit 40stündiger Arbeitswoche ist eine vorläufige Entschädigung von einer Mark pro Woche und Beschäftigten erreicht worden.

Zu diesen Verhandlungen wurde in zwei Betriebsversammlungen Stellung genommen. Beide Versammlungen beschloßen, daß sie auf die wöchentliche Kriegszulage bei Einführung der Textilarbeiter nicht verzichten können. Die geeigneten Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles wurden der Filialleitung überlassen.

Literatur.

In nächster Zeit erscheint im Verlage von Raden u. Komp., Dresden-Alt., Wettinerplatz 10/11, als wichtiges gewerkschaftliches Nachschlagewerk ein **Handbuch der deutschen Gewerkschaftskongresse**, bearbeitet von Paul Barthel. In annähernd 100 alphabetisch geordneten Abschnitten werden alle auf den deutschen Gewerkschaftskongressen erörterten, die Arbeiterbewegung im allgemeinen und die Gewerkschaftsbewegung im besonderen betreffenden Fragen behandelt. Das Handbuch der Gewerkschaftskongresse wird neben dem von Wilhelm Schröder bearbeiteten Handbuch der Parteitage in feinem Bureau und in keiner Bibliothek unserer Arbeiterorganisationen fehlen dürfen.

Briefkasten.

Nach L. und anderen Orten, Freie Exemplare betreffend. An die Mitglieder, die jetzt in Kriegsdiensten stehen, kann der „Textilarbeiter“ weiter gesandt werden; sie haben das Blatt zu beanspruchen.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 23. Juli, ist der

30. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderungen.

- Gau 1. Bremen. V und K: Ernst Daus, Geschäftsführer, Lohdstr. 136.
- Gau 4. Rheine. Alles an Johann Staschewski, Klosterstraße 17, Eingang Kreuzstraße.
- Gau 8. Berga. K: Ernst Etkler, Bahnhofstr. 150.
- Gau 10. Richtensteim-Callenberg. Alles für den Kassierer bestimmte an Frau Anna Held, Callenberg, Obere Straße 102f.
- Gau 12. Freiburg in Schlesien. V: August Lindner, Mühlstr. 14.

Ortsverwaltungen.

Langenbielau. Für den Verkehr im Verbandsbureau wird von nun an die Verkehrszeit durchgeführt werden, wie sie seit Bestehen der Geschäftsstelle festgesetzt ist, nur mit der Einschränkung, daß an jedem Mittwoch das Bureau ganz geschlossen bleibt.

Für den Verkehr ist das Verbandsbureau geöffnet: vormittags von 10 bis 1 Uhr, nachmittags von 4 bis 7 Uhr, freitags bis 8 Uhr. Mittwoch und Sonntag geschlossen.

Es dürfte bekannt sein, daß der Geschäftsführer Mittwoch nachmittags in der Auskunftsstelle des Gewerkschaftsstellens in Reichenbach beschäftigt ist.

Es wird dies bekanntgegeben und dabei eruchtet, diese Verkehrszeit beachten zu wollen, damit sich die Kollegen und Kolleginnen unnötige Wege ersparen. Unvorhergesehene Fälle können eintreten, wo der Verbandsangestellte während der Verkehrszeit außerhalb in Anspruch genommen ist, was dann berücksichtigt werden muß. Wenn auch während der Kriegszeit das eigentliche Organisations- und Agitationsleben in bezug auf Versammlungen usw. gegenüber der normalen Zeit ziemlich still liegt, so ist doch die Geschäftsstelle auf mancherlei Gebieten, auf denen sich die Orga-

nisation infolge des Krieges für die Mitglieder und die Textilarbeiter im allgemeinen betätigen muß, derart zeitweise belastet, daß es unbedingt nötig ist, dem einen Angestellten durch Beschränkung der Verkehrszeit, wie sie bisher Platz gegewissen hatte, einige Stunden zur Erledigung der erforderlichen Arbeiten zu sichern.

Auskunft und Schriftsätze erhalten Auskunftsfindende nur Montags und Donnerstags, denn die Auskunftsstelle, die wohl auf den Namen des Gewerkschaftsstellens geht, fällt ebenfalls mit der Geschäftsstelle des Textilarbeiterverbandes zusammen. Im 1. Halbjahr 1916 wurde die Auskunftsstelle von 453 Personen in Anspruch genommen, wobei 388 Schriftsätze erforderlich waren. Dabei sind nicht eingerechnet die zahlreichen Eingaben und Auskünfte im besonderen für Textilarbeiter in gemerblichen, Fürsorgeangelegenheiten usw.

J. A.: Franz Scholz.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

- Chemnitz.** Franz Oskar Taubner, Klaffenbach, 45 J., Operationsfolgen.
- Erlangen.** Käthe Freitag, Spinnereiarbeiterin, 21 J., Lungenleiden.
- Glauchau.** Paul Richard Rother, 36 J., Drüsenleiden.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

- Eisenberg (S.-A.).** Hermann Pfug, 40 J.
- Kassel.** Gottfried Bettenhausen, Weber, Melungen, 31 J. Heinrich Göbel, Hilfsarbeiter, 30 J.
- Kirchberg.** Willy Reuter, 23 J.
- Lambrecht.** Balthus Pichlerberger, Webmeister, Lampertsmühle.
- Limbach i. Sa.** Erich Rabe, Wirtschearbeiter aus Limbach i. Sa., im noch nicht vollendeten 20. Lebensjahre an schwerer Verwundung im Felde verstorben.
- Meerane.** Max Gerisch, 21 J. Hermann Wiegner, 26 J. Otto Gerisch, 43 J.
- Revises.** Adolf Polnoid.
- Sierobe (Sarz).** Berthold Mehlhorn.

Ghre ihrem Andenken!

Redaktionschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 22. Juli

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit * versehenen Artikel: Hermann Krüger, für alle andere Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.